

KEIN GELD, HOHE MIETEN WENIG CHANCEN

ILKIM ERDOST

AK Bereichsleiterin Bildung, Konsument:innen, Wien

MARTINA ZANDONELLA

Institut Foresight



AK-Langzeitstudie zeigt: Immer weniger junge Wiener:innen kommen mit Ihrem Einkommen aus. Steigende Mieten und fehlende Mitsprache werden zur Zerreißprobe.

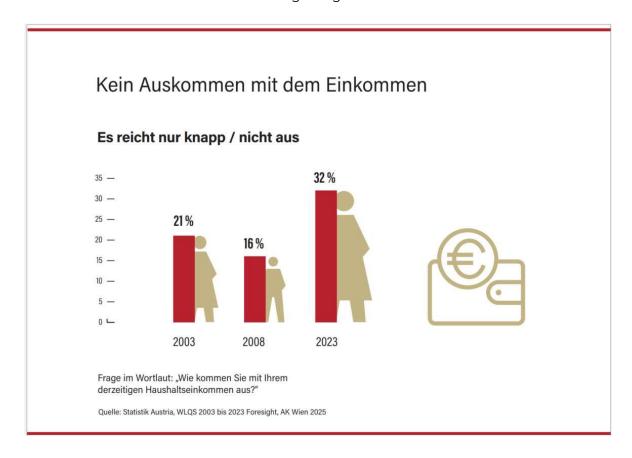
In Wien leben derzeit rund 418.000 junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren – rund zwei Drittel von ihnen sind bei den Eltern ausgezogen. Sechs von zehn arbeiten oder machen eine Lehre, haben kleine Einkommen und oft befristete Arbeitsverhältnisse. Ein Fünftel geht noch zur Schule oder studiert. Mehr als die Hälfte von ihnen (56 %) sind selbst im Ausland geboren oder haben Eltern, die im Ausland geboren sind. Fast die Hälfte dieser Altersgruppe (44 %) hat keine österreichische Staatsbürgerschaft. Ihre demokratische Teilhabe ist stark beschränkt.

Wie es diesen jungen Menschen geht, zeigt eine neue Studie des Instituts Foresight, das im Auftrag der AK Langzeitdaten der Wiener Lebensqualitätsstudie mit Blick auf die jungen Wiener:innen zwischen 2003 und 2023 ausgewertet hat. Kombiniert mit aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt dieses Jahres ergibt sich ein alarmierender Befund:

Kein Auskommen mit dem Einkommen

Immer weniger junge Wiener:innen können von ihren Einkommen gut leben: 2023 sagen das nur 27 Prozent, 2003 waren es noch 33 Prozent.

Der Anteil an jungen Menschen, bei denen das Einkommen nur knapp oder gar nicht reicht, ist von 2008 bis 2023 von 16 auf 32 Prozent gestiegen.



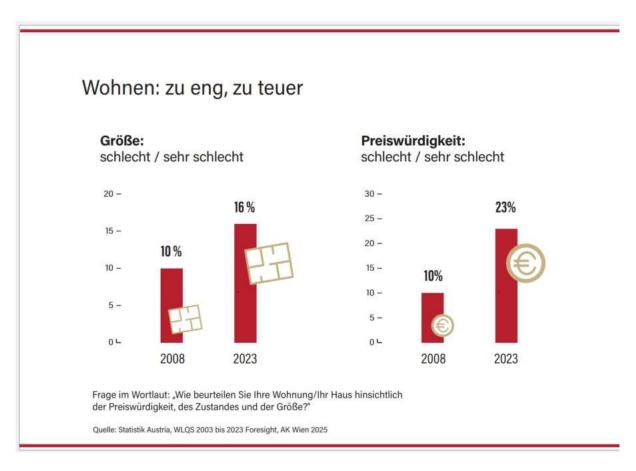
Ein Blick in die aktuelle Arbeitsmarktstatistik bestätigt diese Befragung.

Die Zahl der jungen Menschen unter 30 auf Arbeitssuche steigt stetig an. Im Oktober 2025 waren etwa 54.000 junge Wiener:innen beim AMS arbeitslos vorgemerkt, in Schulungen oder auf Lehrstellensuche.

Auffällig: Die Gruppe der 16-30-Jährigen ist besonders stark von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. 42 % der jungen Wiener:innen arbeiten Teilzeit und 22% von ihnen haben ein befristetes Beschäftigungsverhältnis. Sie haben vier Mal so oft nur eine befristete Stelle als die anderen Altersgruppen (Statistik Austria 2025).

Wohnen: befristet, zu eng, zu teuer

Die erste eigene Wohnung ist ein entscheidender Schritt im Leben junger Menschen. Aber in leistbare geförderte Wohnungen ziehen nur die Wenigsten: In geförderten Wohnungen leben nach dem Auszug aus dem Elternhaus nur mehr 35 Prozent. Fast jede und jeder Zweite (rund 49 Prozent) mit eigenem Haushalt lebt in privater Hauptmiete. Das sind im Vergleich die teuersten Wohnungen am Markt. Bei privaten Wohnungen schnellten die Neuvertrags-Mieten (brutto) zwischen 2008 und 2024 von rund 8,50 Euro auf fast 14 Euro pro Quadratmeter in die Höhe. Im Schnitt kostet aktuell auf dem privaten Wohnungsmarkt eine 70 Quadratmeter-Wohnung etwa 250 Euro pro Monat mehr als eine geförderte Wohnung gleicher Größe.



Ob beim Preis, beim Zustand oder der Größe: Die Zufriedenheit mit der ersten eigenen Wohnung ist zwischen 2013 und 2023 deutlich zurückgegangen.

2008 wohnten etwa 15 Prozent der jungen Wiener:innen in befristeten Mietverhältnissen, 2023 waren es mit 36 Prozent mehr als doppelt so viele. Besonders von Befristungen betroffen sind junge Menschen in Wohngemeinschaften (50 %), mit ausländischer Staatsbürgerschaft (43 %) und jene in Paarhaushalten (41 %).

Wer Kinder hat, lebt oft beengt: Jungen Wiener:innen mit Kindern bleibt oft nichts anderes übrig, als wegen kleiner Einkommen in zu kleine Wohnungen zu ziehen. Fast die Hälfte der jungen Wiener:innen mit Kindern (46 %) hat zu wenig Wohnraum. Das heißt pro Person gibt es kein eigenes Zimmer mit mindestens 8 Quadratmetern. Das trifft besonders Wiener:innen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft und mit Migrationshintergrund.

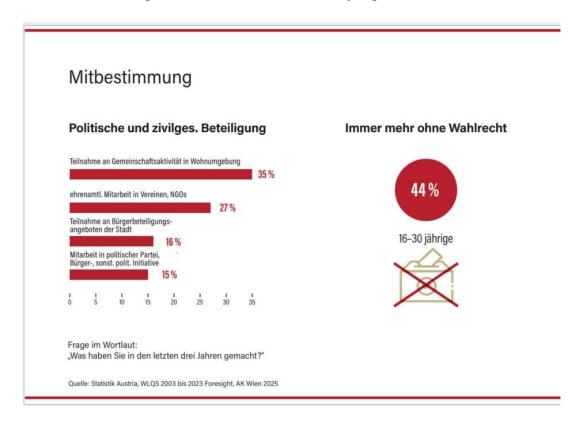
Immer mehr im Wahlalter, aber ohne Wahlrecht

Wien ist Österreichs jüngstes Bundesland und die Bevölkerung im wahlfähigen Alter wächst. Aber die Zahl der Wahlberechtigten sinkt. Wegen zu hoher Hürden bei der Erlangung der Staatsbürgerschaft sind viele vom Wahlrecht zum Nationalrat, zum Landtag und zum Gemeinderat sowie von Bundespräsidentschaftswahlen ausgeschlossen. Das betrifft rund 185.000 junge Wiener:innen im Alter von 16 bis 30 Jahren. Das sind 44 Prozent dieser Generation. Diese jungen Menschen leben oft schon lange in Wien, viele sind in der Stadt geboren, sind hier zur Schule gegangen. Sie dürfen aber nicht mitreden, wenn es um die politische Gestaltung in Wien und in Österreich geht.

AK Bereichsleiterin Erdost: "Wenn immer weniger bei Wahlen ihre Stimme abgeben dürfen, prägt das. Sie lernen nicht wie Demokratie funktioniert. Wahlen sind am Küchentisch kein Thema. Den jungen Leuten fehlt dadurch das Gefühl, etwas ändern zu können. Politik wirkt, als wäre das von anderen für andere. Das ist ein Problem für die Demokratie. Dabei sind das die Kinder derer, die die Wiener Wirtschaft am Laufen halten. Wiener:innen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft arbeiten im Handel, in der Gesundheitsversorgung, bei den Wiener Linien, in der Bau- und Reinigungsbranche, ihre Kinder sind die Fachkräfte von morgen."

Dennoch sind die Jungen resilient, engagieren sich im sozialen Umfeld und sind nicht politikverdrossen. Fast jede und jeder Zweite der jungen Wiener:innen engagiert sich in der Wohnumgebung, in einem Verein oder einer NGO, an einem Bürgerbeteiligungsprojekt oder in einer Partei oder Bürgerinitiative.

Die Zahl der jungen Menschen, die nicht mitbestimmen können, wird in den nächsten Jahren stark ansteigen. "Wir sehen hier ein wachsendes Problem für die Demokratie in Wien und in Österreich", sagt AK Bereichsleiterin Ilkim Erdost. "In einer Generation mit deutlichem Interesse an Mitbestimmung darf ein wachsender Teil der jungen Menschen nicht mitwählen."



Das Fünf-Punkte-Paket der AK für junge Wiener:innen

AK Bereichsleiterin Ilkim Erdost: "Diese Generation ist im Mehrfach-Krisen-Modus aufgewachsen - Corona, Klimakrise, Kriege. Die seit Jahren anhaltende Teuerung, der Mangel an leistbaren Wohnungen und steigende Strom- und Heizkosten treffen ganz besonders junge Menschen." Gleichzeitig kündigt der Staat auf allen Ebenen drastische Sparprogramme an. Erdost: "Wir wissen, dass der Spardruck auf Wien groß ist. Aber gerade bei jungen Menschen darf nicht an jeder Ecke gespart werden. Wir brauchen rasch machbare Lösungen. Damit sich auch in Krisenzeiten für diese Generation etwas bewegt!" Deshalb schlägt die AK Wien ein Fünf Punkte-Paket für die jungen Wiener:innen vor.

- 1. Gerechte Chancen auch für junge Menschen: Die AK fordert eine rasche Umsetzung der Einkommenstransparenzrichtlinie, um gerechtere Bezahlung sicherzustellen. Die innerbetriebliche Mitbestimmung muss gestärkt und die Gründung von Betriebsräten forciert werden, weil sie Arbeitsbedingungen und Einkommensgerechtigkeit nachweislich verbessern sowie die demokratische Teilhabe für alle Beschäftigten im Betrieb sicherstellen. Wichtig sind ausreichend gute Ausbildungsplätze. Auch die Jugendcolleges müssen finanziell abgesichert werden. Eine Offensive für Personen mit niedriger Qualifikation muss Aufschulungen auf mittleres Qualifikationsniveau und bessere Chancen am Arbeitsmarkt für Junge bringen wir brauchen sie dringend, um die Babyboomer am Arbeitsmarkt zu ersetzen.
- 2. Wohnen günstiger machen: Stabile Mietverträge ohne Ablaufdatum sind die Voraussetzung für einen sicheren Start in ein selbstständiges Leben. Die Bundesregierung hat die Befristungen zwar auf fünf Jahre verlängert. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Befristete Mietverträge müssen zur Ausnahme werden. Zudem braucht es Strafen bei Mietwucher und ein gerechtes Mietgesetz, das allen Mieter:innen Verbesserungen und mehr Sicherheit bringt.
- 3. **Zugang zum geförderten Wohnbau:** Die Stadt Wien überarbeitet derzeit ihre Wohnungsvergabe. Künftig sollten die Lebenssituationen der jungen Wiener:innen dabei mehr berücksichtigt werden. So sollten etwa junge Menschen, bei denen die Wohnkosten einen hohen Anteil des Einkommens ausmachen, schneller eine Wohnung bekommen.
- 4. **Die Hürden zur Staatsbürgerschaft und damit zum Wahlrecht sind zu hoch:** Wer Österreicher:in werden will, muss sich auf ein kompliziertes und jahrelanges Verfahren einstellen. Das kostet mehrere tausend Euro pro Person und sieht auch Einkommenshürden vor, die viele Beschäftigte trotz Vollzeitarbeit niemals schaffen können. Der Zugang zur Staatsbürgerschaft darf keine Frage des Geldbeutels sein. Hier geht es um die Fachkräfte von morgen!
- 5. **Mitreden auf Augenhöhe:** Schulen, Lehrbetriebe und Betriebe müssen ihren Beitrag zur politischen Teilhabe leisten und die Mitsprache junger Wiener:innen fördern. Politische Bildung muss zum eigenen Fach in Unter- und Oberstufe in allen Schulformen ausgebaut werden.

Die Studie:

Die Studie "Junge Menschen in Wien III" des Instituts Foresight zeigt die Lebenslagen von etwa 1.400 jungen Wiener:innen zwischen 16 und 30 Jahren in einem Langzeitvergleich von 20 Jahren. Dazu wurden die aktuell vorliegenden Daten der Wiener Lebensqualität-Studie von 2023 mit einem neuen Fokus auf die jungen Wiener:innen ausgewertet. Die Interviews wurden bis November 2023 geführt. Ergänzend gab es 2025 zum Thema Mitsprache Interviews mit einer Fokusgruppe von junge Wiener:innen ohne Wahlrecht.

1.12.2025

Rückfragehinweis:

Name Ute Bösinger

Kommunikation Team Content Center

1040, Prinz Eugen Straße 20-22

T: +43 1 50165 DW 12779

M: +43 6648454202

E-Mail ute.boesinger@akwien.at

wien.arbeiterkammer.at



